

Grünes Licht für weitere Planung der Ortsumfahrung Schramberg



Bundesverkehrsministerium stimmt Einstieg in die weiteren Planungsschritte zu

Das Bundesverkehrsministerium hat dem Einstieg in weitere Planungsschritte durch die Straßenbauverwaltung des Landes Baden-Württemberg zugestimmt. Die Ergebnisse der vom Regierungspräsidium Freiburg erarbeiteten Grundlagenermittlung werden vom BMVI positiv bewertet.

Steffen Bilger, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur: "Die Ortsumgehung Schramberg ist für die Stadt und für die gesamte Region von hoher Bedeutung. Davon konnte ich mich auch bei meinem Besuch am 12. Oktober in Schramberg überzeugen. Ich freue mich, dass die Planungen mit Hochdruck fortgeführt werden. Ziel und Herausforderung ist nun, eine Lösung zu entwickeln, die den Anforderungen an Umweltverträglichkeit, Sicherheit, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen gerecht wird."

Der Verkehrsminister des Landes Winfried Hermann MdL freut sich über die positive Nachricht: "Die Planungsarbeit kann jetzt mit Zustimmung des Bundes weiter betrieben werden. Die Ortsumfahrung der B 462 wird für die Stadt Schramberg eine große Entlastung vom Durchgangsverkehr bringen und die Talstadt für die Bewohner wieder in der Ortsmitte erlebbarer machen."

Die Ortumfahrung Schramberg wurde in der Umsetzungskonzeption des Landes Baden-Württemberg zur Priorisierung der umzusetzenden Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans weit vorne platziert. Dies ermöglichte 2019 den Wiedereinstieg in die Planung, die jetzt vorliegende Zustimmung des Bundes ist das erste Etappenziel.

Der Bau einer Ortsumfahrung für die Talstadt Schramberg im bewegten topographisch schwierigen Gelände des Schwarzwaldes ist aufwendig. Die Realisierung dieser Ortsumfahrung ist nur mit Tunnelbauwerken möglich. Die Aufwendungen zur Herstellung und Ausstattung dieser Bauwerke für einen sicheren Straßenbetrieb verteuern die Maßnahme erheblich.

Ziel der vorgeschalteten Grundlagenermittlung war es, neben der Machbarkeit die Kosten für die bautechnisch und sicherheitstechnisch erforderlichen Maßnahmen zu bewerten. Folgende für die Ortsumfahrung Schramberg spezifische Themen, waren dabei besonders mit dem BMVI zu diskutieren: Die mit bis zu sechs Prozent Längsneigung der Strecke in den erforderlichen Tunnelbauwerken, die eine Richtlinienabweichung bedeuten, die wasserführende Klüftung des Gebirges und die Trassierung mit engen Radien in der Tallage, die ebenfalls den Richtlinien nicht entsprechen.

Über die Abweichungen der Richtlinien, die zu treffenden kompensatorischen Maßnahmen sowie die dadurch erhöhten Kosten für das Gesamtprojekt konnte mit dem BMVI eine Einigung erzielt werden. Die Basis für die durchgeführte Bewertung ist die sogenannte "Hess-2-Variante" mit einer Streckenlänge von ca. 3,5 Kilometern, einem zweistreifigen Straßenquerschnitt und zwei großen Tunnelbauwerken. Die Kosten für diese Variante wurden auf Basis der bisherigen Erkenntnisse mit rund 160 Millionen Euro berechnet.

Unter Einbeziehung aller vorhandenen Aspekte konnte im Ergebnis ein positives Nutzen-Kosten-Verhältnis errechnet werden, was die Bauwürdigkeit der Talstadtumfahrung bestätigt.

Die Freiburger Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer freute sich: "Bund und Land ziehen hier trotz der hohen Kosten an einem Strang mit der Region. Das Regierungspräsidium Freiburg kann die Planung auf dieser Grundlage nun fortführen. Gelingen kann dies nur mit einem transparenten Vorgehen und guter Kommunikation mit der Stadt Schramberg und der Gemeinde Aichhalden."

Mit der vorhandenen Zustimmung des Bundes kann als nächster Planungsschritt mit der Vorplanung, die eine Planungsraumanalyse und das Scopingverfahren beinhaltet und mit der Wahl der Vorzugsvariante abschließt, begonnen werden.

Link dieser Seite:

 $\underline{https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/gruenes-licht-fuer-weitere-planung-der-ortsumfahrung-schramberg$